

Vorlage der Verwaltung	Fachbereich: Sachgebiet: Personalwesen	Datum: 22.03.2018	Genehmigungsvermerk
Tagesordnungspunkt 2.1	Bezeichnung der Vorlage: Ausbildungsplatzangebot 2019		Datum: 26.02.2018
Vorlage-Nr: VO/0035/18			Bürgermeister: Gez. Stock
Zu beraten im:			
Ö/N	Datum	Gremium	
Ö	22.03.2018	Ausschuss für Personal und Personalentwicklung (2017)	
Ö	24.04.2018	Rat der Stadt Wegberg	

Sachverhalt:

Zum 01. September 2018 werden in der Stadtverwaltung Wegberg folgende Ausbildungsstellen besetzt sein:

- 3 Verwaltungsfachangestellte
(je eine Auszubildende im 1., 2. und 3. Ausbildungsjahr)
- 1 Inspektoranwärterin in der Studienfachrichtung Bachelor of Laws
(eine Anwärterin im 3. Ausbildungsjahr),
- 1 Erzieherin im Anerkennungsjahr
(eine Praktikantin beginnt das Anerkennungsjahr am 01.08.2018 in einer städtischen Kindergarteneinrichtung)

Die Stadt Wegberg hat im laufenden Ausbildungsjahr 2017/2018 auch wieder drei Stellen „Jahrespraktikum zur Erlangung der vollen Fachhochschulreife“ in der Kernverwaltung angeboten. Die Praktikumsstellen sind seit dem 01.08.2017 mit drei Praktikantinnen/Praktikanten besetzt. Die Jahrespraktika enden planmäßig am 31.07.2018.

Im Sozial- und Erziehungsdienst wurde eine Stelle zur Erlangung der vollständigen Fachhochschulreife besetzt. Das Praktikum endet planmäßig am 31.07.2018.

Als Mitveranstalter der Job-Info-Live 2018 im Maximilian-Kolbe-Gymnasium Wegberg am 24.02.2018 war die Stadt Wegberg als Ausbildungsbehörde mit einem eigenen Stand vertreten. Es wurden Ausblicke auf die beruflichen Möglichkeiten innerhalb der Verwaltung gegeben. Das Ausbildungsangebot der Stadtverwaltung Wegberg wurde, verknüpft mit Berichten „aus erster Hand“ einer Verwaltungsfachangestellten, durch den Fachbereich Zentrale Verwaltungssteuerung vorgestellt. Es wurden anregende und interessante Gespräche mit den Besuchern und Besucherinnen der Veranstaltung geführt und ein Gesamtüberblick über die Stadtverwaltung Wegberg als Ausbildungsbehörde vermittelt. Auf Nachfrage wurden die einzelnen Berufsbilder näher erläutert und Informationsmaterial ausgehändigt. Insbesondere wurde darauf eingegangen welche Ausbildungen in welchen Jahrgängen angeboten werden und wann entsprechende Bewerbungsfristen vorgesehen sind. Den Bereich des Sozial- und Erziehungsdienstes repräsentierten die Mitarbeiterinnen des Kindergarten Merbeck mit einem eigenen Stand.

Durch die derzeit geltende Beschlusslage ist eine Ausbildung im Berufsbild Fachangestellte/r für Bäderbetriebe frühestens erst wieder für das Jahr 2026 vorgesehen. Die Auszubildenden sind derzeit im Fachbereich Bildung und Soziales (Grenzlandringbad) in den Schichtdienst als Wasseraufsicht und zur Reinigung fest eingeplant. Um nicht dem Untersuchungsauftrag zur Situation des Grenzlandringbades durch die Fa. Altenburg vorzugreifen, wurde für 2018 kein Ausbildungsangebot zur Fachkraft für Bäderbetriebe eingeplant. Nach Vorlage des Untersuchungsergebnisses (vstl. im April 2018) soll dann ggf. über die Einrichtung eines Ausbildungsplatzes in 2019 gesprochen werden. Soweit kein neues Ausbildungsverhältnis begründet werden sollte, könnten zusätzliche Kosten für eine Wasseraufsicht oder gekürzte Öffnungszeiten eine Folge sein.

Beschlussvorschlag:

Die Verwaltung empfiehlt dem Rat, für das Jahr 2019 folgendes Ausbildungsplatzangebot zu beschließen:

- 1 Ausbildungsstelle als Verwaltungsfachangestellte/r,
- 1 Stelle als Stadtinspektoranwärter/in im Studiengang „Bachelor of Laws“
(Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt)
- 1 Stelle im Anerkennungsjahr für angehende Erzieher(innen),
- 2 Stellen gelenktes Jahrespraktikum zur Erlangung der vollen Fachhochschulreife
im Sozial- und Erziehungsdienst
- 3 Stellen gelenktes Jahrespraktikum zur Erlangung der vollen Fachhochschulreife
in der Kernverwaltung,
- 3 Stellen FÖJ (Freiwilliges ökologisches Jahr) bei Baubetriebshof.

Kosten und Finanzierung:

Die Ausbildung zum/zur Verwaltungsfachangestellten dauert 3 Jahre. Der Aufwand für die Ausbildungsvergütungen einschließlich Arbeitgeberaufwand beträgt je Ausbildungsstelle ca. 15.800,00 Euro jährlich. Hinzu kommen jeweils Gebühren für die dienstbegleitende Unterweisung beim Studieninstitut für Kommunale Verwaltung in Höhe von rund 1.000,00 Euro im Jahr pro Ausbildungsplatz sowie die hierfür notwendigen Fahrtkosten.

Der Anwärtergrundbetrag je Anwärterstelle im gehobenen Dienst beträgt ca. 15.068,16 Euro jährlich (1255,68 Euro pro Monat brutto). Hinzu kommen individuelle Aufwendungen für Beihilfe (zu den Krankheitskosten) sowie Fahrtkosten zur Fachhochschule für öffentliche Verwaltung Köln.

Die Stelle für eine(n) Berufspraktikanten/in im Anerkennungsjahr kostet rund 23.000,00 Euro jährlich. Diese Kosten werden zu 79 % durch die Pro-Kopf-Pauschale nach dem Kinderbildungsgesetz NRW finanziert.

Die fünf Stellen für ein gelenktes Jahrespraktikum (3 Stellen in der Kernverwaltung, 2 Stellen in den Kindergärten) kosten pro Praktikumsplatz ca. 2.700,00 Euro jährlich.

Die Kosten für die FÖJ-Stellen beim Baubetriebshof betragen jährlich ca. 5.000,00 Euro je Stelle. Hier werden durch den Landschaftsverband Rheinland Fördermittel in Höhe von 3.800,00 Euro je Praktikumsplatz an die Stadt Wegberg gewährt, so dass auch hier über 75 % der entstehenden Kosten ausgeglichen werden können.

Die gesamten Ausbildungskosten werden beim Produkt 01.08.00 „Personalmanagement“ veranschlagt, wobei die Ausbildungsvergütung einschließlich der Nebenkosten wie Arbeitgeberanteile zur Sozialversicherung bei den Sachkonten „Personalaufwendungen“ und die Seminar- und Fahrtkosten beim Sachkonto „Ausbildungskosten“ zu veranschlagen sind.

Alternativen:

Keine.

Unterschrift d. federführenden Fachbereichleiters/Dezernenten
Gez. Müller- FBL I.1
Deilmann

Gegenzeichnung d. beteiligten Fachbereichsleiter/Dezernenten
Gez. Pint FBL 202